

Der Freisinn

FDP

Nr. 10
Oktober 1981
3. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Nicht über alle Zweifel erhabene Besoldungsvorlage für das Bundespersonal

Ja — trotz Skepsis

In der Herbstsession nahm der Nationalrat auch zur Vorlage über die Realloohnerhöhung für das Bundespersonal Stellung. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung stand der Vorlage skeptisch gegenüber, weil sie den Zeitpunkt, die Begründung und auch die Strukturierung der vorgesehenen Realloohnerhöhung für fragwürdig hält, stimmte ihr aber dennoch zu. Nationalrat Kurt Schüler, Schaffhausen, fasste als Fraktionssprecher die Argumente zusammen. Nachstehend ein Auszug aus seinem Votum.

Die Löhne des Bundes werden nach Verwirklichung des Begehrens einen sehr guten Stand erreichen, besonders auch vor dem Hintergrund des sicheren Arbeitsplatzes und der ausgesprochen personalfreundlichen Regelung der Personalversicherung. Die in der Privatwirtschaft per 1. Januar 1981 gewährten Reallohnverbesserungen werden durch den Bund nachvollzogen, so dass 1982 sicher niemand mehr von einem Reallohnrückstand des Bundespersonals wird sprechen können.

Zeitliche ...
Bedenken müssen angemeldet werden aus zeitlichen, aber auch inhaltlichen Gründen. Die für 1982 vorgeschlagene Realloohnerhöhung passt schlecht in die heutige wirtschaftliche und finanzpolitische Landschaft:
• wir haben Milliardendefizite im Bundesfinanzhaushalt;
• wir wollen eben die Weichen stellen mit der neuen Bundesfi-

nanzordnung, die dem Steuerzahler nur einen Teilausgleich der kalten Progression, aber eine um 11% höhere Belastung bei der Warenumsatzsteuer bringen wird;

• die aus der neuen Bundesfinanzordnung resultierenden zusätzlichen Einnahmen reichen gerade aus, um die Ausgaben zu decken, die die Realloohnerhöhungsvorlage auf dem August-Indexstand und samt den Zinsgarantien für den Einbau von Teuerungszulage und Realloohnerhöhung schliesslich kosten wird;

• wir haben zwar momentan noch eine recht gut gehende Wirtschaft, deren Aussichten sich aber in letzter Zeit drastisch verschlechtert haben;

• man beginnt sich in der Wirtschaft ernsthaft Sorgen zu machen, wie auch nur die Jahresteuerung von nunmehr über sieben Prozent zusätzlich erwirtschaftet und dem Personal ausgeglichen werden kann.

... und inhaltliche Bedenken

Aber auch die Begründung des Bundesrats ist nicht vollauf überzeugend. Das Argument Reallohnrückstand ist problematisch. 1973 sind keine funktionalen Besoldungsvergleiche gemacht worden. Man kann nicht belegen, dass die Besoldungsstrukturen damals richtig gewesen sind. Doch auch wenn dem so wäre: In der Botschaft wird auf dieser Grundlage ein Reallohnrückstand des Bundes von 2,9% gegenüber den privatwirtschaftlichen Monatsverdiensten und ein solcher von 1,4% gegenüber den Stundenlöhnen nachgewiesen, der sich aus der unterschiedlichen Entwicklung seit 1973 ergeben haben soll. Nimmt man jedoch die vom Eidgenössischen Personalamt vorgelegten Durchschnittsbezüge des Bundespersonals zur Hand, so sieht man folgende Lohnentwicklung: Durchschnittslohn 1973 (inklusive Zulagen) 31 500 Fr.; Durchschnittslohn 1980 43 500 Fr.; Anstieg somit 38%, Teuerung in dieser Zeit 31%; Realloohnerhöhung damit also 7%.

Der Vergleich mit der Privatwirtschaft

Beim schwierigen Vergleich mit der Privatwirtschaft sind noch zwei wesentliche Punkte zu beachten:

• Seit 1973 sind in vielen Unternehmen die Personalbestände drastisch abgebaut worden. Dabei wurde primär die Zahl der wenig qualifizierten Arbeitsplätze verringert, was zwangsläufig zu einem tendenziell höheren Durchschnittslohn führt, ohne dass der Einzelne etwas davon hat.

• Der Bund kennt den jährlichen

Fortsetzung auf Seite 2

Unbelastet von «Sachzwängen»

«Rigi-Thesen» weisen neue Wege

Die «Rigi-Thesen — Leitideen für eine liberale Zukunft», die in der letzten «Freisinn»-Ausgabe kurz vorgestellt wurden, haben ein ausserordentlich starkes Echo gefunden. Urs Marti, Solothurn, zeigt als Mitglied der die Thesen ausarbeitenden Arbeitsgruppe auf, dass diese keinen «Partei-Kneschaurek-Bericht» abliefern wollte:

Der sogenannte Sachzwang hat sich im Laufe der Zeit zu einer einflussreichen, anonymen Macht im Staate etabliert, mit der sich die Behörden mehr und mehr konfrontiert sehen und die zusehends ihren Handlungsspielraum einengt. Wer dagegen etwas zu unternehmen versucht, wie der Aargauer freisinnige Ständerat Hans Letsch mit seinem Vorstoss zur Ueberprüfung der Index-Automatismen, muss einstweilen noch mindestens bei der Linken mit heftigem Widerstand rechnen.

«Trends» fanden besondere Beachtung

Es erstaunt deshalb wenig, dass nach den ersten Reaktionen in der Presse, aber auch der parteiinternen Diskussion gerade der sachpolitische Teil der «Rigi-Thesen» auf besonderes Interesse gestossen ist. Mit seinen Trends zu möglichen Entwicklungsvarianten in den wichtigsten Bereichen der Innenpolitik weisen indirekt die «Rigi-Thesen» auch auf einen Weg hin, wie man von solchen «Sachzwängen» weg kommen könnte und was die Konsequenzen wären.

Aufgabe der Arbeitsgruppe Projektivstudie unter der Führung des Basler Nationalrates Paul Wyss war es — wie der Name sagt —, prospektiv zu denken, Linien in die Zukunft zu ziehen, Ueberlegungen anzustellen: Was könnte in den nächsten 10 bis 20 Jahren politisch auf uns zukommen, wie könnte dannzumal die politische Landschaft aussehen und was müsste die Partei in nächster Zeit unternehmen, um mindestens bei der künftigen Entwicklung ein massgebendes Wort mitzureden? Das dabei einschlagende methodische Vorgehen hat innerhalb der Arbeitsgruppe sehr viel zu reden gegeben. Man einigte sich schliesslich darauf, aus den 21 Sachthemen der Zielsetzungen 79–83 deren 10 auszuwählen und zu bearbeiten.

Programmatisches Vorgehen gewählt

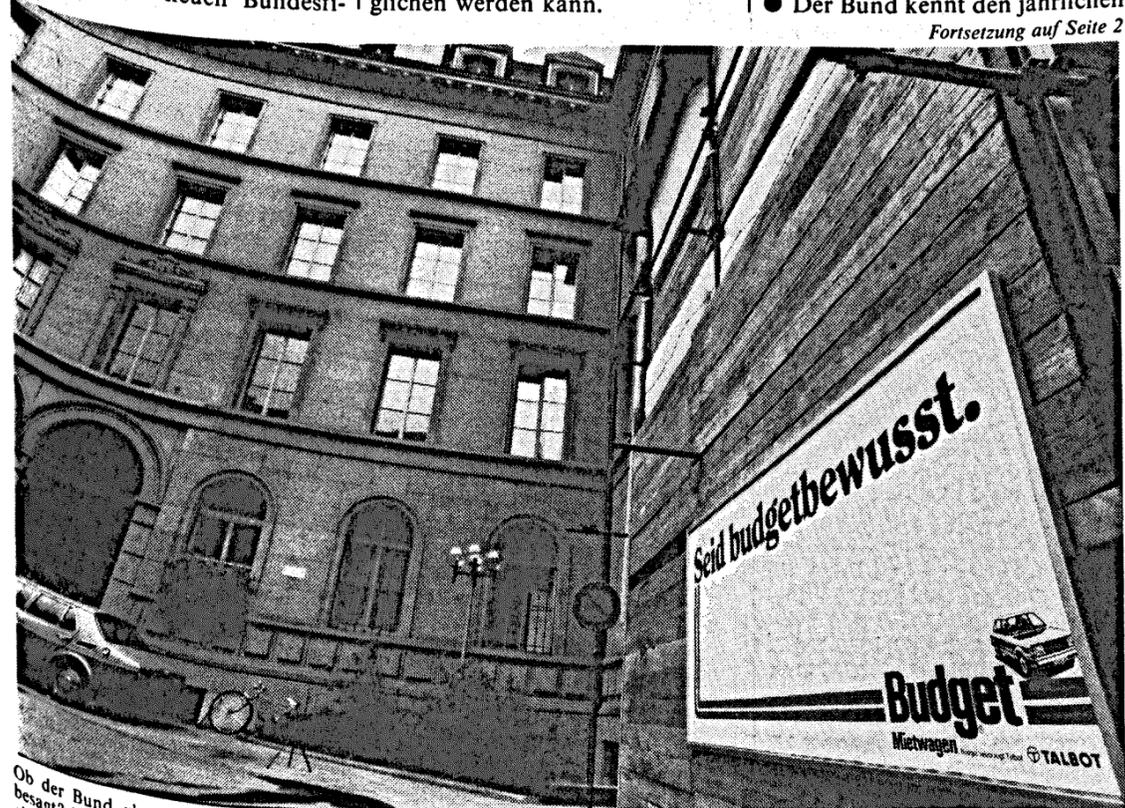
Im Unterschied zu den Zielsetzungen 79–83 ging die Arbeitsgruppe jedoch nicht pragmatisch, sondern programmatisch vor. Sie versuchte sozusagen, Politik im «Urzustand» zu machen, während sonst ja ein eigentliches Parteiprogramm stets darauf Rück-



sicht nehmen muss, welche Probleme und Themen im Vorfeld von Gesamterneuerungswahlen im Vordergrund stehen oder eine Stellungnahme der Partei erfordern.

Anhand der im ersten Teil der «Rigi-Thesen» aufgestellten Grundsätze wird im sachpolitischen Abschnitt zunächst definiert, was — auch wiederum grundsätzlich — unter liberaler Aussenpolitik, Finanzpolitik, Sozialpolitik usw. überhaupt zu verstehen ist. In stark geraffter Form wird sodann der «Ist-Zustand» geschildert und werden durch mögliche Trends eigentliche Linien in die Zukunft gezogen. Die dabei verwendeten Annahmen sind subjektiv und keineswegs wissenschaftlich untermauert. Die Arbeitsgruppe wollte keinen «Partei-Kneschaurek-Bericht» liefern. Der eine oder andere

Fortsetzung auf Seite 4



Ob der Bund «budgetbewusst» lebt, wie es diese Werbetafel am Bernerhof, dem Sitz des Eidgenössischen Finanzdepartements, besagt? Der Voranschlag für das kommende Jahr sieht wiederum ein Milliardendefizit vor. — Zu einer finanzpolitischen Ausarbeitung auf eidgenössischer Ebene kommt es am 29. November. In dieser Ausgabe finden Sie eine Zusammenfassung der zur Debatte stehenden neuen Bundesfinanzordnung. (Bild ruti)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Akzeptable Lösung

Verkehrsausschuss zu SBB-Leistungsauftrag

Der Leistungsauftrag an die SBB, der gegenwärtig von den eidgenössischen Räten beraten wird, kann als akzeptable Lösung und als erster Schritt in Richtung finanzielle Gesundung des nationalen Transportunternehmens bezeichnet werden. Er darf jedoch die verantwortlichen Führungskräfte keinesfalls von echten Sparbemühungen entheben, wenn die Anstrengungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der SBB erfolgreich sein sollen. Diese Ansicht vertritt der Ausschuss für Verkehrspolitik.

Das von Nationalrat Dr. Franz Eng (Günsberg SO) geleitete Gremium ist der Auffassung, dass eine Zustimmung zu dem am 29. November zur Abstimmung gelangenden neuen Bundesfinanzordnung aus finanzpolitischen Gründen unerlässlich ist. Nach einem positiven Abstimmungsausgang ist das Problem der Zweckbindung des Treibstoffzolls und -zollzuschlages zu diskutieren und sind die Konsequenzen weiterer Verkehrsabgaben zu untersuchen.

Der Ausschuss liess sich an seiner jüngsten Sitzung von Heinz Diemant, Direktor Finanzabteilung SBB, über die Abgeltung der Leistungen der SBB zugunsten des regionalen Personenverkehrs orientieren, die dieser als berechtigt bezeichnete. Für Prof. H. Brändli vom Institut für Verkehrsplanung und Transporttechnik an der ETH Zürich ist der Leistungsauftrag SBB eine richtungweisende Teillösung. Der Präsident der vorbereitenden Kommission dieser Vorlage, Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH), vertritt die Auffassung, dass sich die Schweiz den teuren Luxus nicht leisten könne, sowohl Bundesbahn wie Strassenschwerverkehr finanziell zu unterstützen. Ueber die verschiedenen zur Diskussion stehenden Verkehrsabgaben informierte Nationalrat Burkhard Vetsch (Balgach SG).

Fraktion für SBB-Leistungsauftrag

Nationalrat Eng als Ratsvizepräsident portiert

Mit deutlicher Mehrheit sprach sich die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung nach einer eingehenden Aussprache für den Leistungsauftrag an die SBB aus. Das Fehlen einer klaren Aufgabenstellung und einer eindeutigen Kompetenz- und Verantwortungszuteilung hat eine zu starke politische Einflussnahme auf die Entscheidungen der SBB zur Folge. Dadurch wird der unternehmerische Handlungsspielraum zu sehr eingeschränkt. Einen Leistungsauftrag mit klaren Zielsetzungen und Aufgaben für die SBB erachtet die Fraktion deshalb als notwendig. Wie Nationalrat Vetsch (SG) erläuterte, können nach Meinung der Experten die Betriebsergebnisse der SBB um 170 bis 220 Mio. Franken verbessert werden, wenn Massnahmen zur Verstärkung der unternehmerischen Führungsstruktur ergriffen und die Produktivitätsreserven voll ausgeschöpft werden. Der Grundsatz, dass die im Dienste der Allgemeinheit vom öffentlichen Verkehr verlangten, nicht kostendeckenden Leistungen zu bezahlen sind, wird von der Fraktion geteilt. — Als Vizepräsidenten des Nationalrates für 1982 schlägt die Fraktion Nationalrat Dr. Franz Eng (SO) vor.

Ungewisse aussenwirtschaftliche Aussichten

Bundesrat Honegger vor dem FDP-Wirtschaftsausschuss

Die gegenwärtige Situation und die Zukunftsaussichten der schweizerischen Aussenwirtschaftsbeziehungen sowie die Frage der Bildung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven bildeten Gegenstand einer Tagung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik. Dieser zeigte sich über verschiedene Entwicklungstendenzen in den internationalen Handelsbeziehungen und die beträchtlichen Verschiebungen der Gläubiger- und Schuldnerpositionen vor allem nach dem zweiten Erdölpreisschock von 1980 besorgt. Der Ausschuss anerkennt und unterstützt alle Bestrebungen der aussenwirtschaftlichen Instanzen des Bundes, den zunehmenden protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten.

Der unter dem Präsidium von Ständerat Dr. H. U. Baumberger (Herisau) tagende Ausschuss liess sich vorerst von Bundesrat Dr. Fritz Honegger über die aktuelle Wirtschaftslage orientieren. Die im internationalen Vergleich überraschend gute Beschäftigungslage unseres Landes dürfe nicht über abnehmende Erträge in verschiedenen Branchen und Unternehmen hinwegtäuschen. Eine anhaltend hohe Teuerungsrate könnte die schweizerische Wettbewerbsposition verschlechtern, weshalb — neben allen andern Gründen — der Inflationsbekämpfung nach dem bundesrätlichen Sprecher erste Priorität zukommt. Staatssekretär Dr. Paul R. Jolles erläuterte die jüngsten Entwicklungen der internationalen Handels- und Finanzbe-

ziehungen und den vorgesehenen Ausbau des wirtschaftlich orientierten Entwicklungs- und Finanzierungsinstrumentariums gegenüber Ländern der Dritten Welt. Der Ausschuss begrüsst in diesem Zusammenhang das Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen.

Als Vertreter von zwei bedeutenden und stark exportorientierten Branchen behandelten Pierre Hummel (Maschinen) und Dr. A. Hartmann (Chemie) die Lage und Zukunftsaussichten im weltweiten Konkurrenzkampf. Sorge bereiten diesen für die schweizerische Volkswirtschaft wichtigen Bereichen die rückläufigen Erträge, verlangt doch die Aufrechterhaltung ihrer starken internationalen Stellung laufend hohe Entwicklungs- und Investitionsaufwendungen.

In einem zweiten Teil der Tagung orientierte Dr. Heinz Kneubühler, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen, über den in der Vernehmlassung stehenden Entwurf eines Bundesgesetzes über steuerbegünstigte Arbeitsbeschaffungsreserven. Der Ausschuss begrüsst grundsätzlich die Vorlage als weiteres Instrument der Konjunkturpolitik, ist jedoch gegenüber einem ins Auge gefassten Teilobligatorium skeptisch eingestellt. Er fordert die Bundesbehörden auf, dass auch kleinere Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern (also Klein- und Mittelbetriebe bis 20 Mitarbeiter) in den Genuss eines freiwilligen Systems von steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven kommen könnten, und erwartet eine administrative Vereinfachung der Reservebildung.

Weiterhin Ja, aber gründlich umgestalten

Zur Totalrevision der Bundesverfassung

Die Arbeit an der Totalrevision der Bundesverfassung ist konstruktiv weiterzuführen, jedoch ist der Entwurf der Expertenkommission gründlich umzugestalten, um den politisch gewichteten Stellungnahmen besser Rechnung zu tragen. Diese Ansicht vertritt der Ausschuss für Staatspolitik.

Das von Ulrich Pfister (Zürich) präsidierte Gremium liess sich von Fürsprecher Samuel Burkhardt, stellvertretendem Generalsekretär des EJPD, über das Ergebnis der Vernehmlassung orientieren, an dem sich die FDP mit einer konstruktiv kritischen Stellungnahme und einem ausformulierten Alternativentwurf beteiligte. Es teilt grundsätzlich die Auffassung, dass eine Totalrevision der BV notwendig und wünschbar ist, und es ist nach wie vor überzeugt, dass sie auch durchführbar sei, sofern ein politisch tragfähiger Weg eingeschlagen werde. Es begrüsst, dass jetzt das Bundesratskollegium das Geschäft an die Hand nimmt. Es fordert, dass der Bundesrat im weiteren Verfahren die Ergebnisse der Vernehmlassung nicht nur quantitativ, sondern nach ihrem sachlichen und politischen Gewicht beurteilt und den auch von der FDP artikulierten grundsätzlichen Einwänden Rechnung trägt. Der Entwurf bedarf vor allem in bezug auf das Staatsverständnis, die «offene» Konzeption der Sozial-, Eigentums- und Wirtschaftsordnung, das Verhältnis von Bund und Kantonen und die Finanzordnung einer grundlegenden Umgestaltung. Der Ausschuss stellt fest, dass diese Kritik in den Vernehmlassungen deutlich zum Ausdruck kommt und dass der FDP-Entwurf in diesen Bereichen konkrete Alternativvorschläge enthält, die einen politisch breit abgestützten Konsens ermöglichen.

Für ein verstärktes Engagement

Militärausschuss zur Integration der Frau in der Gesamtverteidigung

Einem vermehrten Engagement der Frauen im zivilen Bereich der Gesamtverteidigung steht der Ausschuss für Militärpolitik positiv gegenüber. Er erwartet deshalb von Armee und Gesamtverteidigungsorganisationen, dass diese den Frauen breitere Einsatzmöglichkeiten in ihrem Aufgabenbereich anbieten.

Der Ausschuss plädiert für eine Ueberprüfung der Rollen- und Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau im Kriegs- und Krisenfall, differenziert nach Altersstufen und weiteren Kriterien (z. B. Familienverpflichtung, berufliche Tätigkeit, Vorbildung usw.). Vorerst sind allerdings die bestehenden Einsatzmöglichkeiten der Frau im Rahmen der zivilen Gesamtverteidigung konsequenter auszunutzen, zumal ein entsprechendes Bedürfnis ausgewiesen ist. Zugleich ist die Motivation und Information der Frauen über die Belange der zivilen Gesamtverteidigung zu fördern. Der Ausschuss, der von Nationalrat Rudolf Friedrich (ZH) präsidiert wird, würdigt den bisherigen Einsatz der Frauen im Dienste des Landes, vor allem ihr vorbildliches Engagement im FHD.

Mehr persönliches Engagement für die Behinderten

Alt Bundesrat Brugger vor FDP-Fraktionsmitgliedern

Im Rahmen eines Exposé über «die Probleme der Behinderten in unserer Gesellschaft» forderte alt Bundesrat Dr. h. c. Brugger, Präsident von Pro Infirmis, ein vermehrtes persönliches Engagement jedes Einzelnen zugunsten der Behinderten. Er äusserte sich vor der Gruppe der deutschsprachigen Mitglieder der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, die von Nationalrat Hans-Rudolf Früh (AR) geleitet wird. Diese liess sich über die aktuellen materiellen und immateriellen Fragen der Behinderten orientieren.

Die Fraktion zu den Verkehrsabgaben

Nein zu Tunnelgebühren

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung bedauert, dass die Diskussion um die Verkehrsabgaben im Parlament zu einem politisch ungünstigen Zeitpunkt geführt werden muss. Sie hätte es vorgezogen, wenn diese Debatte nach der Volksabstimmung über die Verlängerung der Bundesfinanzordnung stattgefunden hätte und wenn materiell in Kenntnis der Botschaft über die Gesamtverkehrskonzeption hätte entschieden werden können. Obwohl der Fraktion eine Rückweisung der Verkehrsvorlagen opportun erschien, nahm sie angesichts der im Nationalrat traktierten Geschäfte wie folgt Stellung: Die Schwer-

verkehrsbesteuerung wird nach den Mehrheitsanträgen der vorbereitenden Kommission (Pauschalierung) unterstützt. Bei einer starken Minderheit beschloss die Fraktionsmehrheit Ablehnung einer Autobahnvignette. Die Einführung von Tunnelgebühren wird von der Fraktion einhellig und in Uebereinstimmung mit dem Delegiertenrat abgelehnt.

Nach Ansicht der Fraktion ist die Frage der Zukunft des Treibstoffzolls und -zollzuschlages und dessen Verwendung von entscheidender Bedeutung; der Regelung dieses Problems ist materiell und zeitlich absolute Priorität einzuräumen. Sie ist deshalb der Meinung, dass die Volksabstimmung über die Treibstoffzölle vor jener über die Verkehrsondersteuern stattfinden sollte.

Bevorzugter Zürcher Flughafen

Nur Kloten — oder auch Genf und Basel?

«Der Bundesrat wird ersucht, im Hinblick auf die ständig wachsende Konzentration des gewerbmässigen Luftverkehrs auf dem Flughafen Kloten rasch diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die eine angemessene Berücksichtigung der übrigen schweizerischen Flughäfen insbesondere beim europäischen Linien- und beim Charterverkehr ermöglichen.» Ein Postulat mit diesem Wortlaut reichte in der Herbstsession Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel, ein. Er begründet seinen Vorstoss wie folgt:

● Dem Zwang, auf Grund der enormen Kostenentwicklung nur noch eine beschränkte Zahl von Linien zwischen wenigen Luftverkehrszentren mit möglichst grossen Flugzeugen zu betreiben, unterliegen alle grossen Luftverkehrsgesellschaften. Ihm ist auch unsere anerkanntermassen gut geführte und rationell arbeitende nationale Gesellschaft unterworfen.

● Die Entwicklung Klotens zu einer internationalen Drehscheibe im Luftverkehr hat auch die Zentralisierung des den schweizerischen Bedürfnissen dienenden nationalen Luftverkehrs zur Folge. Dadurch werden diejenigen Passagiere und Wirtschaftszweige, die nicht im Raum Zürich angesiedelt sind, mehr und mehr benachteiligt.

● Dieser Konzentrationsprozess ist, speziell unter schweizerischen Verhältnissen, sowohl aus politi-

schen (insbesondere föderalistischen) wie aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen unerwünscht und widerspricht auch dem Konzept mehrerer Flughäfen mit Linien- und Charterverkehr.

● Diesem Konzentrationsprozess ist, unter Beibehaltung der Grundsätze des Luftverkehrsge-

Der Dolch in Parteihänden

Oder die widerlegte Mär über die Aubert-Kritiker

Seit Wochen wird von einzelnen SP-Vertretern und ihnen nahestehenden Journalisten die Mär weitergereicht, «die Bürgerlichen» wollten Bundesrat Aubert beuteln. Die «Strategie der bürgerlichen Aubert-Killer» (Originalton von «Tagwacht»-Chefredaktor Richard Müller) ziele darauf ab, den Neuenburger aus dem Bundesrat zu kippen. Aubert werde «nicht nur ständig kritisiert, sondern mit gezielter Perfide genörgelt». Und: «Der sensible Romand rafft sich nur selten auf, die Kritiker zu senkeln.»

Nun, eine Abfolge der Ereignisse der letzten Monate zeigt auf, dass die bürgerlichen Kritiker an Bundesrat Aubert, die es auch gibt, bei weitem übertroffen wurden. In einer beispiellosen Aktion machte nämlich der SP-Präsident höchstpersönlich das der eigenen Partei angehörende Mitglied der Landesregierung zum Prügelknaben für interne Differenzen um Ideologien und Personen.

9. März: Aubert darf aus der Freiburger Tageszeitung «La Liberté» entnehmen, dass ihn SP-Präsident Hubacher zum Rücktritt drängt.

10. März: Die SP-Fraktion stellt sich hinter Aubert und nimmt von dessen Erklärung Kenntnis, dass er nicht zurückzutreten gedenke. In der Verlautbarung über die Sitzung heisst es weiter: «Sie (die Fraktion) gab dabei der Hoffnung Ausdruck, dass die Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Bundesräten einerseits und der Fraktion und den Parteiorganen andererseits vertieft und verbessert werden muss.»

11. März: Richard Müller meldet in der «Tagwacht», dass offensichtlich noch nicht alle Ungeheimtheiten beseitigt sind: «Der SP-Fraktionsvorstand wird sich vor der Sommersession nochmals



Oktober	
30.	Delegiertenrat
31.	a.o. Delegiertenversammlung
November	
13./14.	Studientagung «Angestelltenfrage» Eidg. Volksabstimmung Session eidgenössische Räte
29.	
30. bis 18. 12.	
Dezember	
9.	Vereinigte Bundesversammlung
18.	evtl. Delegiertenrat

setzes — die liberaler gehandhabt werden müssten —, entgegenzuwirken: durch den Aufbau eines ergänzenden Netzes mit Direktverbindungen durch kleinere Flugzeuge zwischen einer möglichst grossen Zahl europäischer Wirtschaftszentren unter Berücksichtigung des vorhandenen Passagierpotentials aller schweizerischen Flughäfen; durch eine Zentralisierung des ebenfalls auf Kloten konzentrierten Charterverkehrs.

● Die bisherige Praxis erlaubt Ausbau und Aenderungen im Sinne einer besseren Berücksichtigung der legitimen Interessen aller schweizerischen Flughäfen offensichtlich nicht, zeigen doch die ersten Ansätze eines Ausbaus des europäischen Liniennetzes mit kleineren Flugzeugen wiederum eine Konzentration auf Zürich.

zu einer Aussprache mit Pierre Aubert treffen, ein Zeichen, dass ihm die Angelegenheit nicht ganz vom Tisch ist.»

14. März: Bundesrat Willi Ritschard in einem Interview mit der «Basler Zeitung» auf die Frage, ob «er sich einen öffentlichen „Abpuff“ durch den SP-Präsidenten Helmut Hubacher gefallen lassen würde?»: «Nein. Das könnte ich mir wahrscheinlich nicht bieten lassen (...). Wo die tiefere Ursache der Diskussionen um Pierre Aubert wirklich liegt, weiss ich auch nicht. Aber sie schwelen jetzt seit längerer Zeit.»

20. März: In der «Tagwacht» fragt die (SP-)Journalistin Toya Maissen SP-Präsident Hubacher: «Woher nahmen Sie das Recht, den eigenen Bundesrat öffentlich zu kritisieren?» Und: «Warum diese Lust an der Kritik der eigenen Vertreter?» Im selben Interview bemerkt Hubacher: «Keiner steht unter Denkmalschutz.» Und weiter: «Es liegt vielleicht an seiner (Auberts) Persönlichkeit, dass er nicht nur mit dem Einsatz in der Partei Mühe hat, sondern offenbar auch in der Umsetzung des Wählerauftrages im Bundesrat. Fast scheint es mir, der eher fragile und sehr sensible Pierre Aubert sei unbestrittenermassen ein sehr brillanter Parlamentarier gewesen, bekunde aber mit dem harten Job eines Exekutivmannes mehr Mühe als erwartet.»

Die Zahl der Beispiele von SP-interner Kritik an ihrem Bundesrat Aubert liesse sich beinahe beliebig vermehren. Aber die angeführten widerlegen die von einzelnen SP-Leuten und ihren Vertrauensleuten breitgeschlagene Dolchstosslegende. Wenn in diesem Falle jemand einen Dolch nicht nur im Gewande trägt, sondern bereits in der Hand hält, so ist er in den eigenen (Partei-)Reihen zu suchen ...

Abstimmung über die neue Bundesfinanzordnung

Vor einer neuen finanzpolitischen Ausmarchung

Wie so oft in den letzten Jahren haben sich die Stimmberechtigten bei einem eidgenössischen Urnengang zu einer Finanzvorlage zu äussern. Zur Abstimmung gelangt am 29. November der «Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushaltes». Christian Beusch fasst zusammen:



Am 29. November geht's wieder einmal um das liebe Geld ...

Zweck der Vorlage ist in erster Linie die Verlängerung der verfassungsmässigen Kompetenz des Bundes zur Erhebung einer direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) und der Warenumsatzsteuer. Die geltende Ordnung ist bis Ende 1982 befristet. Bundesrat und Parlament beantragen eine Weiterführung um zwölf Jahre. Gleichzeitig werden verschiedene Änderungen bei der heutigen Regelung vorgenommen. Die Vorlage zielt ausserdem auf den Konzepts zur Sanierung des Bundeshaushaltes, sollen der Bundeskasse doch netto jährlich rund 300 Mio. Franken zusätzlich ab 1984 zufließen.

Zwei gescheiterte Anläufe

Der Leidensweg der zur Abstimmung gelangenden Vorlage ist lang. Die steigenden Defizite in der Kasse des Bundes in den siebziger Jahren hatten zur Konsequenz, dass mit verschiedenen, teilweise befristeten Massnahmen sowohl im Ausgaben- wie Einnahmensektor versucht wurde, wenigstens die grössten «Löcher» zu stopfen.

Deutlich lehnte der Souverän zweimal strukturelle Reformen des geltenden Steuersystems ab, indem er beiden Vorlagen, welche den Uebergang von der geltenden Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer gebracht hätten, seine Zustimmung verweigerte. Weder am 12. Juni 1977 noch am 20. Mai 1979 gelang es, eine Mehrheit der Stimmdenden und der Stände für die neue Lösung zu gewinnen. Dieser Abstimmungsausgang wurde dahingehend interpretiert,

dass einerseits ein Systemwechsel zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht opportun erachtet wird und dass andererseits der Souverän weitergehende Sparanstrengungen erwartet.

Konsequenz dieser beiden Nein war, dass ein Ausgleich der Bundesrechnung in weite Ferne rückte, hätten doch beide Vorlagen dem Bund namhafte Mehreinnahmen beschieden. Als Sofortmassnahme legte der Bundesrat nach dem zweiten Nein ein weiteres Sparpaket vor, das denn auch die Zustimmung des Souveräns fand. Allerdings sind zahlreiche der gutgeheissenen Massnahmen zeitlich befristet; sie sollen jedoch nun durch dauerhafte Regelungen abgelöst werden, die dem Bund eine finanzielle Entlastung zumindest im gutgeheissenen Ausmass ermöglichen.

Warenumsatzsteuer und direkte Bundessteuer (Wehrsteuer) sind die beiden wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes. Gemäss Budget des laufenden Jahres sollen sie die Bundeskasse mit zusammen 8,3 Milliarden Franken alimentieren, das sind mehr als 50 Prozent der Bundes-einnahmen. Doch ist — wie erwähnt — die Befugnis des Bundes zur Erhebung dieser beiden Steuern bis Ende 1982 befristet, weshalb sich der Bundesrat gezwungen sah, eine neue Vorlage auszuarbeiten.

Höhere Warenumsatzsteuer-Ansätze ...

Darin beantragte er eine Erhöhung der Steuersätze für die Warenumsatzsteuer von gegenwärtig 5,6 auf 6,6 Prozent (Detailsatz) und von 8,4 auf 9,9 Prozent (Engrossatz). Dies hätte dem Bund jährliche Mehreinnahmen von rund 950 Millionen Franken verschafft. Die bundesrätlichen Vorstellungen wurden allerdings im Vernehmlassungsverfahren arg zerzaust. Insbesondere von den politischen Parteien und den Wirtschaftsorganisationen wurde eine derartige Erhöhung aus finanzpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen als überissen betrachtet.

Bei der Landesregierung drang in der Folge die Einsicht durch, dass diesen Vorbehalten in bezug auf das Ausmass der Steuererhöhung Rechnung zu tragen sei, um nicht die primäre Zielsetzung der Vorlage — Sicherstellung der Haupteinnahmenquellen des Bundes auch über 1982 hinaus — zu gefährden. In der Folge schlug sie eine weniger weitgehende Herabsetzung der Sätze auf 6,4 bzw.



Ob die beschwörenden Worte von Finanzminister Ritschard wohl vom Souverän gehört (und verstanden) werden? Unser Bild zeigt den EFD-Vorsteher an einer Tagung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes. Links von ihm Vereinspräsident Rudolf Gerber und FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Franz Eng. (Bild ruti)

9,6 Prozent vor. Dadurch wären die geplanten Mehreinnahmen um rund 200 Mio. Franken jährlich reduziert worden, was dem Bundesrat im Interesse der gesamten Vorlage als tragbar erschien.

Wiederum hatte aber der Bundesrat mit seinen Anträgen kein Glück. Auch die eidgenössischen Räte opponierten einer Erhöhung in dem nun beantragten (reduzierten) Ausmass. Gutgeheissen wurde von den Parlamentariern eine Erhöhung der Sätze auf 6,2 bzw. 9,3 Prozent. Abgelehnt wurden Vorstösse, die eine Erhöhung auf nur 6 bzw. 9 Prozent forderten.

In der Verlängerungsvorlage werden verschiedene systembedingte Mängel (beispielsweise die sogenannte *taxe occulte*, die steuerliche Doppel- und Mehrfachbelastung), die seit langem bekannt sind, nicht ausgemerzt.

Ausgleich der kalten Progression gefordert

Freisinnige Fraktion reicht Motion ein

«Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten in Anwendung von Artikel 41 der Bundesverfassung Ausführungsbestimmungen vorzulegen, mit welchen der verfassungsrechtlichen Pflicht zum periodischen Ausgleich der Folgen der kalten Progression für die Steuer von Einkommen der natürlichen Personen Nachachtung verschafft wird.» Dies fordert die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einer Motion; als Sprecher wurde Nationalrat Raoul Kohler (Bern) bezeichnet. Einen gleichlautenden Vorstoss reichte FDP-Ständerat Max Affolter (Solothurm) in der kleinen Kammer ein.

Seit 1971 enthält die Bundesverfassung den Grundsatz, dass die Folgen der kalten Progression periodisch auszugleichen sind. Dieser Bestimmung wurde allerdings nur einmal vollumfänglich — 1973 — und einmal teilweise — 1975 — nachgelebt. Später wurde sie weder ganz noch teilweise respektiert, da dem Bund die sich aus der Nichterfüllung des verfassungsmässigen Auftrages ergebenden Mehreinnahmen bei der sich ständig verschlechternden Finanzlage höchst willkommen waren.

Bei der Beratung der neuen Bundesfinanzordnung hatten freisinnige Parlamentarier — die Nationalräte Bremi (Zürich) und Kohler sowie Ständerat Affolter — ebenfalls das Begehren auf Ausgleich der Folgen der kalten Progression gestellt. Diese Vorstösse fanden jedoch keine Zustimmung. Doch konnten die FDP-Parlamentarier einen Teilerfolg für sich buchen: Die erhöhten Sozialabzüge werden mit einem Rabatt vom Steuerbetrag gekoppelt.

Der Bundesrat hat jedoch zugesichert, dass diese Fragen geprüft werden sollen.

... aber dafür Entlastungen bei der Wehrsteuer

Die zur Debatte stehende Bundesfinanzordnung bringt aber nicht nur eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer, sondern auch Änderungen bei der direkten Bundessteuer, der sogenannten Wehrsteuer. Während erstere Revision den Steuerzahler belastet, soll ihm mit letzterer indirekt ein Teil dieser Mehrausgaben wieder rückerstattet werden, da eine teilweise Milderung der kalten Progression beantragt wird. Für den Bund ergeben sich aus dem Saldo von Mehreinnahmen (bei der Warenumsatzsteuer) und Mindereinnahmen (bei der direkten Bundessteuer) Nettomehreinnahmen von jährlich rund 300 Mio. Franken.

Mit den beantragten Änderungen bei der Wehrsteuer kommen allerdings Bundesrat und Parlament dem seit 1971 bestehenden verfassungsmässigen Auftrag auf Ausgleich der kalten Progression nicht nach. Erstmals erfolgte ein praktisch vollständiger Ausgleich der kalten Progression auf Anfang 1973, schon 1975 wurde nur noch teilweise ausgeglichen und seither überhaupt nicht mehr, weil dem Bund diese Mehreinnahmen, die er sich verfassungswiderrrechtlich aneignet, auf Grund der sich ständig verschlechternden Finanzlage höchst willkommen sind. Der Vorwurf, dass dem Verfassungsauftrag in den letzten zehn Jahren nicht oder nur fragmentarisch nachgelebt wurde, kann nicht widerlegt werden. Dieser Kritik, die vornehmlich von freisinniger Seite laut wurde, haben die eidgenössischen Räte insofern Rechnung getragen, als sie Entlastungen für den Steuerzahler bei der Wehrsteuer vorsehen, die über die Anträge des Bundesrates hinausgehen. Ein voller Ausgleich der kalten Progression hätte Einnahmeherausfälle in der Grössenordnung von 800 Mio. Franken jährlich für den Bund zur Folge, was in Anbetracht der finanziell angespannten Lage der Bundeskasse von Bundesrat und Ratsmehrheit als nicht tragbar erachtet wurde.

Konkret wird nun vorgeschlagen, einerseits die Sozialabzüge beträchtlich zu erhöhen; beispielsweise für Verheiratete von 2500 auf 4000 Franken, für jedes Kind von 1200 auf 2000 Franken. Andererseits soll ein Rabatt auf dem Steuerbetrag gewährt werden; in der Höhe von 30 Prozent auf den ersten 100 Franken Jahressteuer, von 20 Prozent auf den nächsten 300 Franken und von 10 Prozent auf den nächsten 500 Franken. Der Rabatt beläuft sich für eine Jahressteuer von 900 Franken und mehr auf maximal 140 Franken. Zum erstenmal seit vielen Jahren sieht die Vorlage keine Erhöhung des Steuersatzes vor. Ebenso bleibt der Status quo hinsichtlich der juristischen Personen unangetastet.

Lieber Leser

Wiederum stehen wir vor einer finanzpolitischen Ausmarchung: Am 29. November wird Volk und Ständen die neue Bundesfinanzordnung unterbreitet. Es handelt sich dabei um die leicht modifizierte geltende Regelung. Eine Zusammenfassung der Vorlage finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe.

Die Chancen der zur Debatte stehenden Finanzordnung dürfen als weit höher eingestuft werden als jene ihrer beiden gescheiterten Vorläuferinnen. Die Voraussetzungen sind allerdings auch anders, wurde doch vor allem das Mehreinnahmepotential auf ein tragbares Mass reduziert.

Fraktion und Geschäftsleitung stellen sich denn auch praktisch einhellig hinter diese Vorlage, wenn auch bedauert wird, dass dem freisinnigen Postulat auf Ausgleich der Folgen der kalten Progression nicht vollumfänglich Rechnung getragen wurde.

Die Zustimmung von Fraktion und Geschäftsleitung erfolgte nicht leichtfertig. Doch wurde sowohl den im Vernehmlassungsverfahren wie aber auch in der parlamentarischen Behandlung von freisinniger Seite vorgebrachten Einwänden und Vorhalten Rechnung getragen. Gegenüber den ursprünglichen Absichten des Bundesrates wurde auf freisinnige Intervention hin die vorgesehene massive Erhöhung der Wust-Sätze auf ein tragbares Mass reduziert und damit günstige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen in der Volksabstimmung geschaffen. Fraktionspräsident Nationalrat Dr. Franz Eng stellte denn auch unlängst in einem Pressegespräch fest, dass — mit Ausnahme des Nichtausgleichs der kalten Progression — die Vorlage «weitgehend freisinnigen Vorstellungen» entspricht.

Der Entscheidung über die Abstimmungssparole der Partei obliegt den Delegierten, die auf Samstag, 31. Oktober, nach Bern einberufen wurden. Zu dieser Delegiertenversammlung sind wie üblich — mit beratender Stimme — alle Parteifreunde eingeladen. Das Programm finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe.

Nicht nur in den Medien, sondern auch in einer breiteren Öffentlichkeit haben die «Rigi-Thesen» — Leitideen für eine liberale Zukunft — ein breites — und dies sei nicht verschwiegen, zum Teil kontroverses — Echo ausgelöst. Urs Marti, Mitglied der Arbeitsgruppe, erläutert deshalb in dieser Nummer das Vorgehen dieses Gremiums. Halbzeit in der laufenden Legislatur: Die Partei wird ihre Bilanz auf den Parteitag des nächsten Jahres hin erstellen. «Der Freisinn» befragte Parlamentarier, die 1979 ins Parlament zogen, um ihre Erfahrung.

Chr. Beusch



J. VONTOBEL & CO.

Bankiers
Zürichs grösste Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812306



Universalbank
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte (Sitz an der Zürcher Börse), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Betriebs- und Investitionskredite, Finanzierung von Handelsgeschäften, Devisenhandel, Akkreditive.

BANK HOFMANN AG
ZÜRICH

Talstrasse 27, Telefon 01/211 57 60

Paritätslohnberechnung steht zur Diskussion

Mehr Lohn für die Bauern?

Eine Neuberechnung des Paritätslohnanspruches steht gegenwärtig zur Diskussion. Auf Expertenebene wurde vor kurzem zwischen der Abteilung für Landwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und dem Schweizerischen Bauernsekretariat eine Einigung erzielt, der nun auch der Leitende Ausschuss des Schweizerischen Bauernverbandes seinen Segen gegeben hat. Christian Beusch fasst die Vorgeschichte und das weitere Vorgehen zusammen:

Allerdings ist dies nur ein vorläufiges Ergebnis. Stellung dazu zu beziehen hat nun das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), ehe die Beratende Kommission für die Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes darüber diskutieren wird. Hernach erst ist der Weg frei für einen definitiven Entscheid, der vom EVD in Zusammenarbeit mit dem EFD zu treffen ist. In Anbetracht der Bedeutung, welche der Revision der Paritätslohnberechnung zukommt, ist nicht auszuschliessen, dass sich auch der Gesamtbundesrat mit diesem Geschäft noch befassen wird, obwohl dies formell nicht erforderlich ist. Wenn bei der Beratung in den verschiedenen zuständigen Instanzen

keine Hemmnisse auftreten, was nicht auszuschliessen ist, könnte der Grundsatzentscheid auf Neuregelung in der ersten Hälfte des kommenden Jahres getroffen werden.

Paritätsanspruch grundsätzlich nicht angefochten

Der paritätische Lohnanspruch ist im Landwirtschaftsgesetz verankert und wird in der Allgemeinen Landwirtschaftsverordnung präzisiert. Die Produktionskosten landwirtschaftlicher Betriebe sollen ausser den erforderlichen Betriebskosten, den Abschreibungen, den Angestelltenlöhnen und den Schuld- und Pachtzinsen einen angemessenen Lohnanspruch für die Arbeit des Betriebsleiters und der mitarbeitenden Familienmitglieder sowie einen Zinsanspruch für das im Betrieb investierte Eigenkapital gewährleisten. Der angemessene Lohnanspruch setzt sich zusammen aus einem Grundlohn sowie einem Zuschlag für die Betriebsleitung. Basis für die Berechnung des Grundlohnanspruches bilden die Durchschnittsverdienste für Arbeiterinnen und Arbeiter in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Bei der Berechnung sind die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft gebührend in Rechnung zu ziehen (Arbeitszeit, Ferien, Selbstversorgung, Wohnung usw.).

Der Paritätslohnanspruch ist in den letzten Jahren grundsätzlich nie angefochten worden. Divergierende Meinungen bestehen jedoch über die Bestimmungsmodalitäten. Insbesondere die Berechnung des effektiven bäuerlichen Arbeitsaufwandes stösst auf Widerstand. Kontroverse Auffassungen bestehen ebenfalls bei der Anrechnung des Eigenkapitals so-

wie des Zinsanspruches. Weitere strittige Punkte sind die Beurteilung der Wohnverhältnisse, nachdem sich die Landwirte im Verhältnis zu den Mietpreisen für nichtbäuerliche Wohnungen und Eigenheime zumeist in einer finanziell günstigeren Situation befinden, sowie die steuerlichen Berechnungsmodalitäten, da den Landwirten in den meisten Kantonen Steuervorteile zustehen, die die Arbeiter nicht kennen.

Was wird geändert?

Gemäss dem nun vorliegenden Expertenergebnis werden die beiden Hauptbegehren der Landwirtschaft — bessere Bewertung der Frauenarbeit und Anpassung der Zahl der in die Berechnung einbezogenen Arbeitstage an die Entwicklung in der übrigen Wirtschaft — grundsätzlich berücksichtigt. Die Zahl der anrechenbaren Arbeitstage wird von 260 auf 240 reduziert; der Arbeitslohn der mitarbeitenden Gattin von bisher 70 bis 75 Prozent wird auf 85 Prozent erhöht. Andererseits wird der besonderen Wohnungssituation in der Landwirtschaft Rechnung getragen: Der Abzug bei der Paritätslohnberechnung wird von 1,5 auf 7 Prozent erhöht.

Direkt keine finanziellen Auswirkungen

Eine Aenderung des Modus der Paritätslohnberechnung zieht nicht direkte finanzielle Konsequenzen nach sich, da es sich beim Paritätslohn nur um eine rein arithmetische Grösse handelt. Die vorgeschlagene Neuberechnung, die eine Erhöhung des Paritätslohnanspruches zur Folge hat, wird jedoch bewirken, dass das heute nach den letzten bäuerlichen Preisbeschlüssen des Bundesrates immer noch bestehende Manko zwischen effektivem Verdienst und Anspruch von Fr. 5.70 täglich im Talbetrieb grösser wird. Ergo: Der Bauernverband wird dem Bundesrat neue Preisbegehren unterbreiten mit dem Hinweis auf den angewachsenen Fehlbetrag... Die Neuberechnung des Paritätslohnanspruches wird also letztlich den Landwirten doch mehr Lohn bringen.

Letztes Wort noch nicht gesprochen

Allerdings ist, wie bereits erwähnt, mit dem Antrag der Experten und der Zustimmung des Bauernverbandes dazu das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es ist vorab mit Opposition aus

Studententagung über Angestelltenfragen

13./14. November 1981 in Bern, Hotel Ambassador

PROGRAMM

Freitag, 13. November, 15.30 Uhr

- **Eröffnung** der Tagung durch Parteipräsident Yann Richter
- **Exposé** von Frau NR Elisabeth Kopp über Zielsetzung der Studententagung
- **«Wo stehen die Angestellten heute?»** Referat von Alfred Hubschmid, Generalsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins
- **«Angestellte und Sozialpartnerschaft»** Referat von Nationalrat Heinz Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen
- **«Angestellte und Mitwirkung»** (Mitbestimmung und Mitbeteiligung) Referat von Nationalrat Dr. Paul Wyss, Direktor der Basler Handelskammer
- **«Stellung und Probleme des Kadere»** Referat von Hans-Rudolf Enggist, Zentralpräsident des Schweizerischen Verbandes technischer Betriebskader
- **Fragen an die Referenten und Diskussion** Leitung Frau Nationalrätin Kopp
- 19.30 Uhr Nachessen, anschliessend Fortsetzung der Aussprache

Samstag, 14. November, 8.15 Uhr

- **Plenum** Kurze Einführung in die nachfolgende Gruppenarbeit
- **Gruppenarbeit**
- **Plenarsitzung** (Rapport der Gruppenleiter, Verabschiedung von Thesen und Empfehlungen)
- 12.30 Uhr Schluss der Tagung, Mittagessen
- **Kosten:** Uebernachtung, Nachessen, Frühstück, Mittagessen (inkl. Gratis-Uebernachtung für den Ehepartner) Fr. 80.—
- **Anmeldung:** Bitte möglichst rasch an Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38.

Die Armee als «Graben»-Ueberbrücker?

Wird inskünftig für die Auszugstruppen mindestens jeder vierte Wiederholungskurs (WK) oder ein Teil davon in einer anderen Landesgegend, wenn möglich in einem anderen Sprachgebiet stattfinden? Dies wird der Fall sein, wenn der Bundesrat ein von Nationalrat Paul Wyss (FDP, BS) eingereichtes Postulat, das von 80 weiteren Volksvertretern mitunterzeichnet wurde, gutheisst. Ziel des Vorstosses ist es, einen Beitrag zur Ueberbrückung des vielbeklagten «Grabens» zwischen den verschiedenen Sprachregionen des Landes, aber auch zwischen den Regionen und zwischen Stadt und Land zu leisten.

Zur Intensivierung und Vertiefung der Kontakte schlägt der freisinnige Basler Volksvertreter vor, dass die Gemeinden eingeladen werden könnten, Truppen aus anderen Landesteilen ihre Region und ihre Eigenheiten vorzustellen. Er erhofft sich dadurch «mehr Kontakte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ein besseres Verstehen der Anliegen der „anderen“, Impulse für den Dialog zwischen Bevölkerung und Milizarmee, und zwar um Spannungen zu vermeiden, damit kein „Graben“ entsteht».

nichtbäuerlichen Kreisen zu rechnen. Aber auch der Bundesrat wird bei seinem Entscheid die Lage der Bundesfinanzen wie die Teuerungsentwicklung zu berücksichtigen haben. Eine weitere zusätzliche Belastung des Bundeshaushaltes dürfte kaum überall verstanden werden, und ob eine Abwälzung neuer Begehren auf die Konsumenten bei der derzeitigen Inflationsrate opportun ist, dürfte ebenfalls noch zu hitzigen Debatten Anlass geben. Nicht ausser acht gelassen werden kann auch die Marktsituation: In einzelnen landwirtschaftlichen Sektoren, in denen seit Jahren Ueberschussprobleme bestehen, könnte ein Anziehen der Preise das bestehende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage noch akzentuieren. Der Vorsteher des EVD, der in Zusammenarbeit mit jenem des EFD und allenfalls des Gesamtbundesrates den abschliessenden Entscheid zu treffen hat, ist um seine Verantwortung nicht zu beneiden — so oder so wird es zu einer Gratwanderung werden, die kaum ungeteilte Zustimmung und Lob finden wird.

Fortsetzung von Seite 1

Trend mag vielleicht provokativ erscheinen. Auch das wollte die Arbeitsgruppe.

Gespanntes Warten der anderen Parteien

Ungeachtet dessen, was zum Teil politisch gegeben oder machbar ist, sollen die «Rigi-Thesen» in diesem Teil aufzeigen, wohin gewisse Entwicklungen hinführen könnten, und wir müssen uns dann am Ende die Frage stellen, ob eine solche Entwicklung im liberalen oder nichtliberalen Sinne verlaufen würde.

Erste Reaktionen auf die «Rigi-Thesen» lassen ebenfalls erkennen, dass vor allem jene Parteien, die ihre Politik in jüngerer Zeit allzusehr auf einige Schlagworte konzentriert haben, einstweilen nur mit der Hoffnung reagieren können, die Freisinnigen würden weder fähig noch bereit sein, das «Rigi»-Papier auch in die politische Praxis umzusetzen. Es wird deshalb Sache des angelaufenen Vernehmlassungsverfahrens sein, auch diese Illusion noch zu zerstören.

Création La Paz.

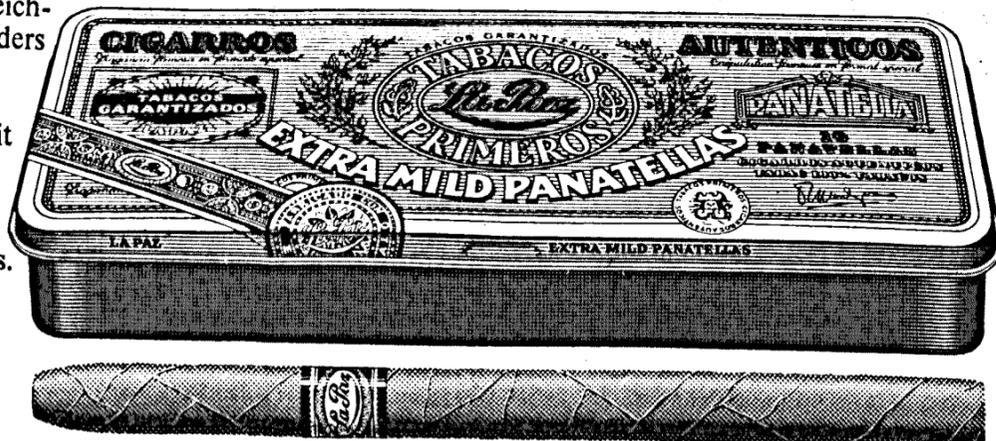
Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechdosen zu Fr. 7.50 Nur im guten Fachhandel.

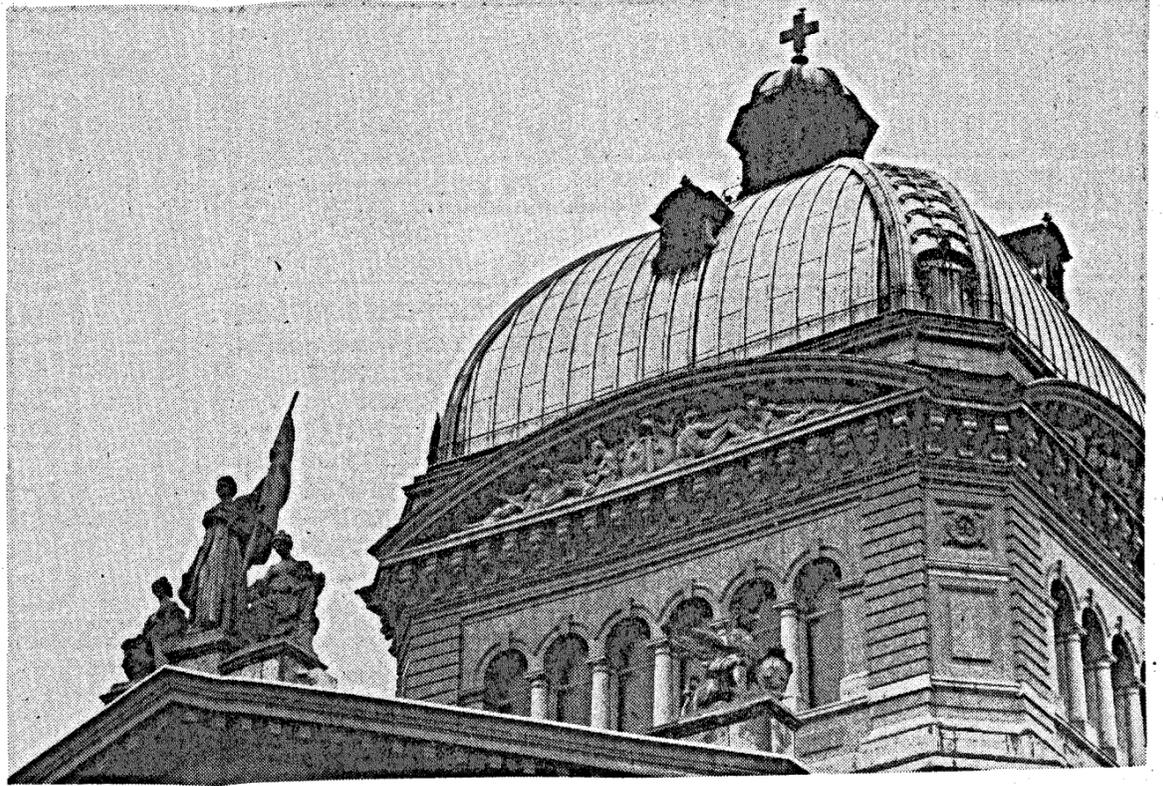


Cigarros Autenticos.

Erfahrungen nach zweijähriger parlamentarischer Tätigkeit

Karussell oder Parlament?

«Der Freisinn» hatte nach der ersten Session der Legislaturperiode 1979–83 «Parlamentsneulinge» um ihre ersten Eindrücke befragt. Was lag also näher, als bei Halbzeit der Legislatur mit einer ähnlichen Fragestellung an dieselben Mitglieder der eidgenössischen Räte heranzutreten? Die Antworten bestätigen zum Teil die Erfahrungen, die bereits nach der ersten Session gemacht wurden, zeigen aber gleichzeitig auf, dass auch «neue Erkenntnisse» gemacht wurden. Vielleicht deutlicher als in der ersten Umfrage wird nun Kritik am Ratsbetrieb — langweilige Eintretensdebatten; Gefahr, dass sich die Räte selbst lahmlegen; steter Zeitdruck; zu viele Vorstösse mit fragwürdigem Inhalt und noch diskussionswürdiger politischer Ausrichtung — geäußert, was Nationalrat Stucky zur pointierten Bemerkung veranlasst, dass er manchmal das Gefühl habe, «auf einem Karussell zu sitzen, aber nicht im Parlament»...



Georg Stucky
Nationalrat, ZG

Halbzeit — die Spieler gehen in die Kabinen zum Tee, unter die Dusche, zur Körper- oder Seelenmassage. Mancher sinniert über den Lauf des eben vergangenen Spiels, sonst tut es der Trainer für ihn. Im Nationalrat gibt es keine Pause, die «Spieler» rennen munter weiter herum.

Das Spielfeld sah so aus, wie ich es erwartet hatte, und die Mitspieler erhalten

stetig mehr Kontur. Man lernt ihren Charakter, die Tricks, Stärken, Schwächen und Mätzchen kennen. Nur an eins habe ich mich noch nicht gewöhnt — an die umständliche und gemächliche Spielart. Angeblich sind daran die Spielregeln — das Geschäftsreglement — schuld. Jedenfalls wird jeder Vorschlag, der etwas mehr Tempo bringen sollte, der Kommission für die Parlamentsreform überwiesen. Warum eine tagelange Eintrittsdebatte, wenn die Meinungen schon gemacht sind und in der Detailberatung ohnehin die gleichen Fra-

gen nochmals behandelt werden? Warum werden nicht endlich die parlamentarischen Vorstösse beschränkt, z. B. auf drei pro Ratsmitglied und Jahr, wie ein Vorschlag lautete, der seit zwei Jahren im Schosse der genannten Kommission ruht? Statt dessen wird über die Massenfabrikanten von parlamentarischen Initiativen, Motionen, Postulaten und Interpellationen geschimpft und der Rat neuerdings jeweils am Schluss der Session zu einer Massenexekution dieser Vorstösse verknurr. Da werden in einem Schnellverfahren, ohne Dis-

kussion, die Titel der Vorstösse heruntergelesen; der Verfasser hat kaum Zeit zu sagen, ob er befriedigt sei oder nicht oder ob er gar eine Diskussion wünsche. Wenn ja, wird das Geschäft «verschoben» — ad calendae graecas. Auf die Beschränkung will man sich nicht einlassen, weil das eine zu grosse Beschneidung parlamentarischer Rechte bedeute; eben diese Rechte lässt man in einem organisierten Leerlauf verkümmern. Manchmal habe ich das Gefühl, auf einem Karussell zu sitzen, aber nicht im Parlament.



Willy Loretan
Nationalrat, AG

Geblieden ist in Fraktion und Rat die Atmosphäre des kameradschaftlichen Eingebettet-Seins, wie man sie als Neuling vor zwei Jahren angetroffen hat. Freude und Neugier am Neuen sind bereits etwas vorbei; schon macht sich da und dort die Routine bemerkbar. Konzeptionen und «grosse Würfe» stehen bald nur noch als «gerupfte Hühner» da, denkt man etwa an

die Regierungsrichtlinien und den Legislaturfinanzplan, mit denen die neue Amtsperiode eingeläutet wurde, oder an die Gesamtverkehrskonzeption, welcher der Nationalrat in der vergangenen Herbstsession mit den berühmt-berüchtigten guteidgenössischen «kleinen Schritten» zu Leibe gerückt ist.

Wer ohne Ueberschwang vor zwei Jahren in den Rat eingetreten ist, wird darob nicht sonderlich enttäuscht sein. Er wird höchstens nüchtern konstatieren, dass die Stellung von Regierung und Verwaltung

gegenüber dem Parlament ungleich stärker ist als etwa in kantonalen oder gar kommunalen Verhältnissen. Es braucht schon einige Erfahrung, damit Ueberlegungen, Argumente und taktischen Schachzügen der Exekutive erfolgreich begegnet werden kann. Mit Vergnügen erinnere ich mich an die von mir verfochtene Aufhebung der Subventionierungspflicht von Kantonen und Gemeinden für Schutzraumbauten Privater — gegen den Widerstand des Direktors des betreffenden Bundesamtes.

Das Parlament, muss Sorge tragen, dass es sich nicht selber lahmlegt. Es geht in der anschwellenden Flut von neuen Gesetzesentwürfen langsam, aber sicher unter. Vorstösse seiner Mitglieder, vor allem solche, die kritische Fragen aufwerfen, werden nur noch dann behandelt, sofern darüber nicht diskutiert werden will! Redezeitbeschränkung bald als Dauerzustand. Das sind Fragen — ohne Antworten —, die einem bei einer Blitzbilanz mit Zeilenbeschränkung in der Halbzeit durch den Kopf gehen.



Elisabeth Kopp
Nationalrätin, ZH

Die aufschlussreichste Frage bei einer Bilanz ist wohl die, ob man den gleichen Schritt nochmals tun würde. Trotz krassstem Missverhältnis zwischen «Aufwand und Ertrag», trotz oft enervierendem Leerlauf, obwohl Erfolgserlebnisse eher selten und Resultate zum mindesten kurzfristig schwer sichtbar sind, würde ich die Frage bejahen. Warum? Wohl nicht nur

aus der Einsicht in die Unersetzbarkeit unseres parlamentarischen Systems, sondern vor allem um jener Momente willen, in welchen man den Eindruck erhält, einen nützlichen Beitrag zu leisten. So beispielsweise, wenn einem in der Kommissionsberatung eine Verbesserung an einem Gesetzesentwurf gelingt oder wenn ein persönlicher Vorstoss überwiesen und vom Bundesrat in Tat umgesetzt wird, wie dies z. B. bei meinem Postulat für Sparförderung der Fall war. Ein weiteres Postulat betreffend Steuererleichterungen für energiespa-

rende und umweltschonende Investitionen ist überwiesen, eine Motion und eine Interpellation noch hängig. Befriedigend ist selbstverständlich auch, wenn man mit grossem persönlichem Einsatz einer Vorlage mit zum Durchbruch verhelfen darf. Für das Parlament als solches darf, ja muss man die Frage nach «Aufwand und Ertrag» stellen. Für sich persönlich besser nicht. Hier muss man sich auf die Befriedigung beschränken, die einem ein konkreter Beitrag verschafft, und im übrigen bereit sein, mit einem grossen Zeitauf-

wand den Preis zahlen, den unser politisches System trotz allem wert ist.



Karl Weber
Nationalrat, ZG

Unsere Vorfahren haben 1848 die richtige Bundesstadt gewählt, das müssen auch Nachfahren damaliger Mitbewerber neidlos zugeben. Bern, der helvetische Begegnungsort, die geopolitische Mitte unseres Landes, hat es einfach in sich. Bundeshaus, Lauben, Gassen und «Beizen» bieten für jeden Anlass den passenden Rah-

men. Hier begegnet sich während der Parlamentssessionen der politische Querschnitt der Eidgenossenschaft. Und zu jeder Jahreszeit hat Bern ein anderes und doch so sympathisches Gesicht.

Nach den ersten Gehversuchen in Fraktion und Rat eröffnet sich dem Neuling die klare Erkenntnis: Grossarbeit wird vorwiegend in den Kommissionen geleistet. Es bestätigt sich auch schnell, wie wertvoll die Vertraulichkeit der Kommissionsarbeit ist. Nur so können die Beratungen ohne öffentliche Beeinflussung

verlaufen, nur so können noch Meinungen durch Einsicht ändern, nur da kann ein tragbarer Nenner im Gesamtinteresse gefunden werden. Ein Glück, dass man hier noch nicht dem Beispiel der USA gefolgt ist. Hier hat man auch Gelegenheit, mehr als während der Sessionen, sich über Parteilagen hinweg kennen und schätzen zu lernen. Die oft beklagte Langatmigkeit der Ratsverhandlungen dagegen ist folgerichtig eine Verpflichtung gegenüber Öffentlichkeit, Presse, Mehrsprachigkeit und Minderheiten.

Im Gegensatz zum Ständerat stehen die Verhandlungen der Volkskammer unter ständigem Zeitdruck. Trotzdem will die Redelust nicht abklingen, die Flut von Vorstössen nicht kleiner werden. Der Hang zum Reglementieren, jedes unliebsame Vorkommnis und jede menschliche Schwäche dem gesetzlichen Zwang zu unterstellen, erscheint mir als ein grosses Uebel unserer Zeit. So müssen wir sogar die Zeitnot zur wirksamsten Gesetzgebungsbremse erklären.



Kurt Schüle
Nationalrat, SH

An meinem ersten, spontanen Eindruck hat sich nichts geändert: ein eidgenössisches Parlamentarier-Mandat stellt einen mitten in eine weitgefächerte Bundespolitik, bringt einen zusammen mit interessanten Leuten, Kollegen und vielfach Freunden aus allen Landesteilen und Parteien.

Inzwischen hat man sich auch an die Papierflut gewöhnt, die den Parlama-

ntarier Tag für Tag erreicht. Doch steckt hinter dieser Papierflut eine fatale Tendenz: Immer mehr Gesetze und Reglementierungen werden vom Staate erlassen und in die Praxis umgesetzt, womit sich die staatliche Regelungsdichte erhöht und den Freiraum des Bürgers einengt.

Der Papier- und Gesetzesflut aber begegnen zu wollen mit der Ablösung unseres Milizsystems durch ein Berufsparlament wäre jedoch grundfalsch und mit unserem Staatsprinzip der direkten und föderalistischen Demokratie nicht vereinbar.

Sie würde uns noch mehr in eine übertriebene staatliche Bürokratie hineinmanövrieren und den Parlamentarier zum gutbezahlten Beamten degradieren. Heute besteht unsere Bundesversammlung aus Leuten, die anderswo in Wirtschaft, Wissenschaft oder einer Kantons- und Gemeindeführung ihrer hauptberuflichen Tätigkeitsverpflichtung nachgehen. Sie bringen so ein reiches Erfahrungspotential mit und stehen eben in ihren Entscheidungen immer auch mit einem Bein in der Praxis.

Nicht mit der Einführung eines Berufs-

parlamentes, aber auch nicht mit Sonder-sessionen können die anstehenden Probleme wie die chronische Ueberlastung des Parlamentes gelöst werden, sondern mit einer verstärkten Selbstdisziplinierung des einzelnen Parlamentariers und einer Konzentration auf das Wesentliche. Die allzu präsenten Medien könnten ihren Beitrag dazu leisten: Oft wird man den Eindruck nicht los, ein Vorstoss oder ein Votum sei gar nicht für das Parlament selbst, sondern für die Zeitung bestimmt. In zwei Jahren sind ja wieder Wahlen...



Arthur Hänsenberger
Ständerat, BE

Nach zwei Jahren in der kleinen Kammer weiss ich nun, wie stark unabhängig ein Ständerat ist, aber auch wie sehr allein.

Einen Berner im Ständerat überraschen einmal die andern politischen Kraftverhältnisse (die Stärke der CVP und die verhältnismässige Kleinheit der SVP). Dann kommen die Schwierigkeiten mit Menschen und Geschäften: Die 42 Kollegen und die 3 Kolleginnen sind nicht leicht zu erfassen. Viele sind ausgespro-

chene Originale, alle sind sich ihrer exklusiven Stellung bewusst. Die meisten können klar denken und erst noch gut reden. Der Umgang mit diesen Leuten hat meine Freude am Ständerat, dem wohl interessantesten Gremium unseres Landes, noch grösser werden lassen.

Weder Partei, Fraktion noch Kanton können einem Ständerat die Verantwortung für sein Tun in der kleinen Kammer abnehmen. Er hat sich seine Berater selber zu suchen, seine Abklärungen zu treffen und letztlich in völliger Unabhängigkeit selber zu entscheiden. Nicht nur, weil nach Bundesverfassung die Mitglieder bei-

der Räte ohne Instruktionen stimmen, sondern auch, weil tatsächlich keine institutionelle Bindung irgendwelcher Art zwischen dem Kanton Bern und seinen beiden Ständeräten besteht. Auch in der stark verdünnten Luft der eidgenössischen Politik (wo der nächste freisinnige Ständerat aus einem andern Kanton kommt) ist dauernde Verankerung im Kanton nötig. Ich ernde dankbar, dass Staatskanzlei, Kantonalpartei und meine früheren Kolleginnen und Kollegen aus der kantonalen Politik mir liebenswürdig dabei helfen.

Der Neuling wird im Ständerat sofort in viele Kommissionen gewählt. Das

bringt den Zwang mit sich, Weltpolitik beispielsweise nicht mehr unverbindlich plaudernd zu erfassen, weil sie nun Grundlage sein kann für Entscheidungen, welche die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu treffen hat. Die Grösse der Bundesverwaltung, die vorerst unüberblickbare Aufteilung der Departemente müssen dem Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vertraut sein. So ist von der Sache wie von den Mitwirkenden her das Ständeratsmandat vielseitiger, schwerer und zeitraubender als das des Grossrates. Aber befriedigend und schön ist es auch.

KABA STAR
Das Schliesssystem
mit Kopierschutz-Garantie.

8 Zuhaltungsteilen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüsselerstellungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

BAUER KABA AG Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

AMMANN Langenthal

Betonmischzentralen und
Mischzentralen für Bodenstabilisierung



Verkaufsberatung - Kundendienst -
Ersatzteillager - Schulung Ihres Personals

AMMANN 4900 Langenthal
☎ 063 29 61 61 ☒ 68 446

**Altliegenschaften
sanieren?
Substanz
erhalten?
Dank reicher
Erfahrung
können wir Sie
professionell
beraten.**

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SCHAFFHAUSERSTR. 372, 8050 ZÜRICH

GESUCHT
in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND
für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU
Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20 **malhis ag**

Spross

Ga-La-Bau
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Zürich 01-35 45 55

Industriebauten, Lagerhäuser, Bürogebäude,
Verteilzentren bekommen Sie von Geilinger mit

**Qualitätsgarantie,
Kostengarantie,
Termingarantie,
Funktionsgarantie.**

Unsere Leistungen sind eindeutig und klar: Als
Generalplaner erarbeiten wir wirtschaftliche
Projekte. Als Generalunternehmer gewährlei-
sten wir schlüsselfertige Ausführung mit offener
Abrechnung und garantiertem Kostendach.
Als Ihr Partner berücksichtigen wir auch lokale
Unternehmer in freier Konkurrenz.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

GEILINGER

einfach,
zeitgemäss,
praktisch

Vorhänge elektrisch
bedienen!
Ein Knopfdruck ge-
nügt, und die Vorhänge
öffnen oder schliessen
sich und halten an
jeder gewünschten
Stelle an.
Unter den drei SILENT
GLISS-Elektrozug-
systemen finden Sie die
richtige Anlage auch
für Ihren Bedarf.



Elektrozug-Motor 5000
Für Vorhängeeinrichtungen bis 6 m
gerade oder abgebogen.

VonDach+Co
SYSTEM
3250 Lyss
Telefon: 032/84 27 42

Gutschein für [] Prospekt [] Vorführung und Beratung

Name: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Senden an: Von Dach + Co., 3250 Lyss

Erholung in der Ostschweiz

**8-Tage-Intensivkur
zur Entschlackung
auf rein pflanzlicher Basis.**

Speziell empfohlen bei
Leber/Galle- und Magen-
leiden.

- ideale Höhenlage (1000 m ü. M.)
- ruhig und sonnig gelegen im vor-
alpinen Appenzellerland
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und
Wanderungen
- von den Krankenkassen anerkanntes
Haus zur Erholung

Nähere Auskunft: Inserat auf
Postkarte geklebt einsenden an:

**Kurhaus
Beutler**
Vögelinslegg 9042 Speicher AR
Tel. 071/94 23 44

**KURHOTEL
Valens**
auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.
Das ideale Hotel für erholsame
Thermalbadeferien
oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäder-
klinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Un-
fallnachsorge und Rehabilitation.
Im Frühling und Herbst besonders empfehlens-
wert. Ruhige Lage, nebefreies, mildes Klima.
Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.
Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Frau Frehner verlangen)

PIZOL Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter - für Skiferien und Sporttage
Leichte Abfahrten für Anfänger und rassistige für den Köhner.
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.
Wir laden Sie herzlich ein
Familie Peter Kirchhof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

**Seltene Teppiche
aus dem Iran
Iran-Teppich Djalali**
das Fachgeschäft für handgeknüpfte Teppiche
St. Gallen, Brühlgasse 17,
Telefon (071) 22 32 42

**SCHULER-
WEINE**

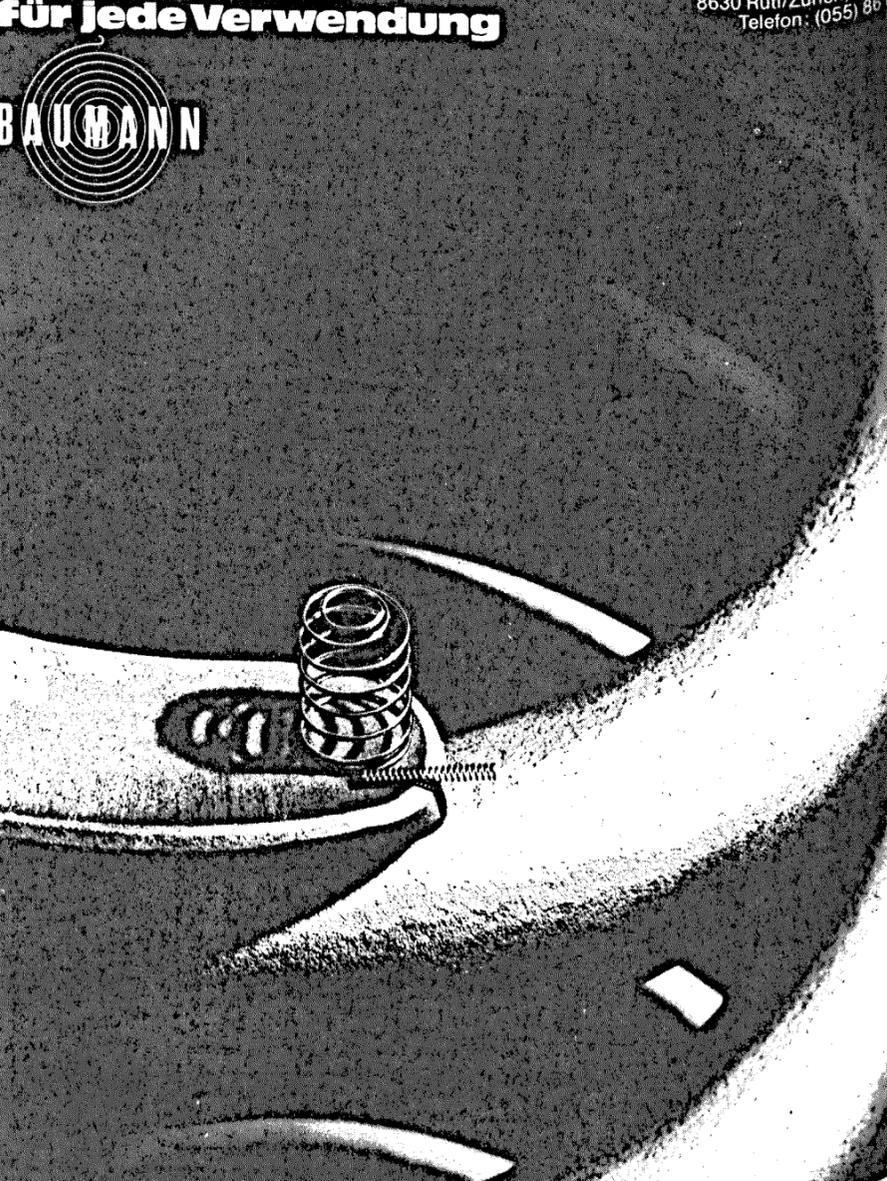
St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

FEDERN

**In Jeder Grösse
für Jede Verwendung**

BAUMANN

Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12



Dass unsere

**Massiv-
möbel**

h wirklich massiv sind,
nen Sie auf dem Echtheits-
zertifikat nachlesen.
edem Möbel aus Massiv-Holz
rört ein

**Echtheits-
zertifikat**

Möbelzentrum des Handwerks
Volketswil: Autobahnausfahrt
Richtung Uster, vis-à-vis Waro,
Tel. 01-945 55 81
Zürich: Uraniastrasse 28,
vis-à-vis Parkhaus Jelmoli,
Tel. 01-211 79 47

Eine bemerkenswerte Würdigung von alt Bundesrat Hermann Obrecht

«Aus namenlosen Volkskreisen zum Bundesrat»

Nur fünf Jahre gehörte Hermann Obrecht der Landesregierung an. Doch bei seinem Rücktritt war über alle Parteigrenzen hinweg nur höchste Anerkennung für das Wirken des Magistraten zu hören. Dr. h. c. Hermann Böschenstein hat in einer soeben erschienenen Biographie das Leben des Solothurner Freisinnigen aufgezeichnet. Dr. Arnold Fisch, langjähriger Bundeshausredaktor der «Basler Nachrichten», würdigt das Werk.

Hermann Böschenstein, langjähriger Bundeshausredaktor und Historiker aus Passion, der schon die Lebensbilder der Berner Bundesräte Carl Schenk und Jakob Stämpfli verfasst, die Tagebücher von Karl Scheurer herausgegeben und eine Würdigung des Wirkens des Aargauers Edmund Schultess kritisch in die Jahre des Ersten Weltkriegs und der grossen Wirtschaftskrise gestellt hat, ist mit der Biographie von Schulthess' direktem Nachfolger Hermann Obrecht (Hermann Böschenstein: Bundesrat Obrecht, 1882-1940, Verlag Vogt-Schild AG, Solothurn) ein neuer Wurf gelungen, der uns unwissenden Nachfahren, die wir dazu neigen, die Gegenwart zu überschätzen, nicht nur einen grossen Bundesrat nahebringt, sondern damit auch bewegte Zeiten eindrücklich in Erinnerung ruft.

Zuerst umstritten

Hermann Obrecht, der dritte Solothurner Bundesrat, hat der Landesregierung nur fünf Jahre angehört. Aber es waren dies entscheidende Jahre, die einem Regierungsmitglied, und ganz besonders einem Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, alles abverlangten. Als Obrecht am 4. April 1933 von der Bundesversammlung zum Nachfolger des verérgert zurück-



getretenen Edmund Schulthess gewählt wurde, war er nicht unangefochten. Besonders die politische Linke hatte die Kandidatur des als «Industrieanwalt» Verschiedenen bekämpft. Aber auch in seinen eigenen freisinnigen Kreisen, wo man um die Chancen der bevorstehenden Nationalratswahlen fürchtete, war Kritik laut geworden. Als Obrecht am 20. Juni 1940, vom Tode gezeichnet zurücktrat und durch seinen engeren Landsmann und Parteifreund Walter Stämpfli ersetzt wurde, war von rechts bis links nur noch höchste Anerkennung für das Wirken des Magistraten zu hören.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Ausserordentliche Delegiertenversammlung

Samstag, 31. Oktober 1981, 10.00 Uhr in Bern, Hotel National, Hirschengraben 24

Tagesordnung:

1. Begrüssung und kurze politische Lagebeurteilung durch Parteipräsident Yann Richter
2. Finanzpolitischer Ueberblick
 - a) aus dem Blickwinkel des Bundes. Kurzexposé von Ständerat Dr. Paul Bürgi, St. Gallen
 - b) aus dem Blickwinkel der Kantone. Kurzexposé von Regierungsrat Dr. Kurt Lareida, Aarau
 - c) aus dem Blickwinkel der Gemeinden. Kurzexposé von Stadtpräsident Paul-René Martin, Lausanne
3. Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushaltes

Einleitendes Votum von Nationalrat Pier-Felice Barchi, Lugano
Aussprache und Beschlussfassung über die Abstimmungsempfehlung der Partei
4. Währungspolitische Lagebeurteilung

durch Dr. h. c. Pierre Languetin, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Bern

5. Verschiedenes

Schluss etwa 13 Uhr

Zur Delegiertenversammlung sind alle Parteifreunde eingeladen!

Er hatte auch seine entschiedensten Gegner durch sein allein vom Wohl des Landes bestimmtes Wirken gewonnen. Vor allem hatte man ihm, der — aus kleinen wirtschaftlichen Verhältnissen stammend — ein grosses Herz für die wirtschaftlich Benachteiligten hatte und dafür Vorsorge zu treffen gewusst hatte, dass unser Land in den Zweiten Weltkrieg nicht nur militärisch sondern auch wirtschaftlich und sozial besser gerüstet eintrat als 1914 beim ersten Weltenbrand, jenen Ausspruch vom 16. März 1939 nicht vergessen, dass «wir Schweizer nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen».

Ein ungewöhnlicher Lebenslauf

Es würde verlocken, aus Böschensteins sorgfältig zusammengetragenen Daten über den ungewöhnlichen Lebenslauf Hermann Obrechts die eine oder andere Begebenheit herauszugreifen. Doch so

fasziniert der Leser die Etappen dieses persönlichen Aufstiegs verfolgt, die ein einzigartiges Menschenbild auch in seinen familiären und gesellschaftlichen Beziehungen aufleben lassen — noch mehr wird er von den damit verarbeiteten Einblicken in ein Kapitel noch nicht weit zurückliegender Zeitgeschichte gefangengezogen.

Man erlebt in der Nacherzählung die bedrückenden Tage des Landesstreiks vom November 1918 und wird mit dessen tieferen Ursachen konfrontiert. Es werden die Sorgen der Krisenjahre heraufbeschworen, die sich namentlich in der Obrecht nahestehenden Uhrenindustrie in steigenden Arbeitslosenzahlen bemerkbar machten und an deren Bekämpfung dieser als Präsident der Asuag massgeblichen Anteil hatte.

Den in die Regierungsverantwortung auf höchster Stufe eingetretenen Bundesrat erwarteten gleich zu Beginn die harten Auseinandersetzungen um die sozialistische Kriseninitiative. Es folgen die turbulenten Tage der Frankenaubwertung vom 26. September 1936, aber es kann auch vom engen Schulterschluss der verfeindeten Parteien im Zeichen der äusseren Bedrohung Kenntnis genommen werden. In den Kriegsjahren musste mit sofort wirksamen Vollmachten regiert werden. Schliesslich wird der Leser mit den Vorbereitungen der Kriegswirtschaft vertraut gemacht, die wesentlich von dem erfahrenen Wirtschaftskenner Obrecht geprägt worden ist.

Der Biograph, der das Zeitgeschehen miterlebte

Wenn ein letztes Wort noch einer zusammenfassenden Würdigung des «Obrecht-Buches» gewidmet werden darf, so sei in aller Sachlichkeit festgestellt, dass mit dessen Abfassung kein besserer Autor hätte betraut werden können als Hermann Böschenstein. Er war als leidenschaftlicher Beobachter des Zeitgeschehens, das er zum Teil selber als Tageschronist miterlebt hat, als mit manchem Weggefährten Obrechts und mit diesem selber in direkter Beziehung stehender und vor allem als mit der Geschichte unseres Bundesstaates wie kaum ein anderer vertrauter Historiker in einzigartiger Weise zur Erfüllung des ihm erteilten Auftrags berufen.

Es ist aus dem Buch keine «Hagiographie», mit welcher Bezeichnung die «Geschichtsschreibung über die Heiligen» gemeint ist, sondern das Volksbuch geworden, das mitten aus dem Leben gegriffen ist. Man möchte wünschen, dass es möglichst vielen — Politikern an verantwortlicher Stelle und schlicht ratlos gewordenen Bürgern — in die Hände kommt.



Liberales Volk

Hohe Ehre steht — Unvorhergesehenes selbstverständlich vorbehalten — Freisinnigen bevor: Bundesrat Dr. Fritz Honegger, Vizepräsident der Landesregierung, soll Bundespräsident für das nächste Jahr werden. Zuständig für die Wahl ist die Vereinigte Bundesversammlung; Wahltag der 9. Dezember, während die Feier für den Neugewählten tags darauf stattfindet.

Bereits am ersten Sessionstag, am 30. November, soll auf Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung deren Präsident, Nationalrat Dr. Franz Eng, von der grossen Kammer zu deren Vizepräsidenten für 1982 erkürt werden.

Am 30. September konnte in Malix Paul Raschein seinen 80. Geburtstag feiern. Der Bündner gehörte dem Nationalrat von 1951 bis 1961 an. Von 1935 bis 1966 amtierte er als Gemeindepräsident seiner Heimatgemeinde und präsierte in den 40er bis in die 50er Jahre mit grossem Einsatz die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Graubünden.

An der 62. Stiftungsversammlung der Schweizerischen Nationalspende für unsere Soldaten und ihre Familien wurde anstelle des zurückgetretenen Brigadiers Robert Lang neu FDP-Parteipräsident Yann Richter zum Vorsitzenden ernannt.

Die Paul Haupt AG in Bern kann dieses Jahr ihr 75jähriges Bestehen feiern. Der Verlag, dem auch eine Buchdruckerei und eine Buchhandlung mit zwei Filialen angeschlossen sind, hat sich aus einer kleinen Fachbuchhandlung zu einem renommierten internationalen Haus entwickelt mit jährlich rund 100 Publikationen. Sowohl die Vertreter der früheren wie auch der jetzigen Generation des in Familienbesitz befindlichen Unternehmens haben enge Beziehungen zur Freisinnigen Partei und waren bzw. sind aktiv in das Parteigeschehen involviert.

65% der SHZ-Leser besuchen mindestens einmal jährlich Seminare und Weiterbildungskurse. Und jede Woche einmal bilden sie sich aus und weiter mit der Schweizerischen Handelszeitung.

Ich bestelle die SHZ für 1 Jahr (52 Nummern Fr. 92.-, Ausland Fr. 104.-)

Lassen Sie mich die SHZ kostenlos und unverbindlich während 2 Monaten kennenlernen.

Gewünschtes bitte ankreuzen

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an Schweizerische Handelszeitung Postfach, 8027 Zürich

SCHWEIZERISCHE Handelszeitung

OSTSCHWEIZ

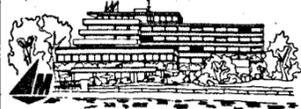
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muss-Emlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

ASH AMBASSADOR SERVICE HOTELS
HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon Tel. 071 46 35 35 Telex 77247 Dir. Charles Delway



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30



Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 — restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr Montag geschlossen Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee (Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen. Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



AM BODENSEE
TEL. 071/41 55 11

Die Schweizerische Staatsbürgerliche Gesellschaft stellt sich vor

Mittler zwischen Bürger und Staat

Die Schweizerische Staatsbürgerliche Gesellschaft (SSG) hat sich das Ziel gesetzt, die staatsbürgerliche Bildung und nationale Erziehung in der Schweiz zu fördern. Massgebend für ihre Tätigkeit sind die Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft und die darin niedergelegten Grundsätze eines demokratischen, liberalen und sozialen Rechtsstaates. Wir haben den Präsidenten der SSG, Dr. Hermann Suter, Luzern, gebeten, seine Organisation den «Freisinn»-Lesern vorzustellen.



Dr. Hermann Suter, Luzern, Zentralpräsident der SSG. Geboren 18. Dezember 1940 in Luzern. Verheiratet. 2 Söhne, zweieinhalb und acht Wochen alt. Seit 1977 Rektor der städtischen Mittelschule Luzern. Seit 1979 Grossrat des Kantons Luzern, liberale Fraktion. Seit 1974 Mitglied der Geschäftsleitung der Liberalen Partei des Kantons Luzern: Ressort Bildung und Jugend. Präsident der Arbeitsgruppe Thematik der Luzerner Regionalkonferenz für eine Landi 91. Chef Truppeninformationsdienst Stab Felddivision 8, Hobbies: Modelleisenbahnen, Bridge-spielen.

Ein wichtiges Merkmal ihrer Arbeit ist in Artikel 4 der Statuten der Gesellschaft verankert: «Die Gesellschaft tritt dafür ein, dass bei aller Wahrung konfessioneller, sprachlicher und kultureller Unterschiede die staatsbürgerliche Einigkeit durch das gemeinsame Bedürfnis nach Freiheit, Recht und Unabhängigkeit gesichert und dafür gesorgt ist, dass in der Politik die Grundregeln unserer Demokratie beachtet werden.»

Die vier Säulen der SSG

Kantonalsektionen: sie sind in der Realisierung ihrer staatsbürgerlichen Bildungsarbeit völlig unabhängig und selbständig. Sie finanzieren sich selbst. Ihr Präsident nimmt Einsitz im Zentralvorstand der SSG.

Wochenendseminare: diese werden in der Regel alle vier Jahre organisiert. Die SSG führte 1978 ein solches Seminar zum Thema «Staat und Kultur» auf der Lenzburg durch. Das nächste Seminar wird 1982 unter dem Titel «Deutsch und Welsch — wie weiter?» durchgeführt.

Ferienkurse: seit 1941 finden diese berühmten SSG-Ferienkurse alle vier Jahre statt: der

letzte Ferienkurs 1980 in Mürren. Er war dem Generalthema «Die Schweiz und die internationale Lage» gewidmet.

«Der Staatsbürger»: Dieses «Unabhängige Magazin mit Themen aus der Politik, Wirtschaft und Technik» erscheint achtmal jährlich (Abonnementspreis 25 Franken). Die Zeitschrift erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Die Abonnentenzahl konnte in drei Jahren von einigen hundert auf mehrere tausend gesteigert werden. 62 Jahre lang erschien «Der Staatsbürger» viermal jährlich. Seit 1980 präsentiert sich die Zeitschrift in ihrer heutigen Form.

Für mehr Durchblick ...

Die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der SSG verhilft breiten Kreisen zu mehr Durchblick. So wird beispielsweise der aufmerksame Leser der «Staatsbürger»-Nummer «Exportwirtschaft» Grenzen und Möglichkeiten seines eigenen Unternehmens und jene der

Ferienkurse der SSG

(Von 1941—1980 insgesamt 14 Ferienkurse)

1968 Arosa	Die Schweiz im Umbruch unserer Zeit
1972 St. Moritz	Die Herausforderung der schweizerischen Demokratie
1976 Engelberg	Demokratie und Planung
1980 Mürren	Die Schweiz und die internationale Lage
1984 geplant	Die Schweiz und Europa

schweizerischen Exportwirtschaft insgesamt überlegter und differenzierter beurteilen können. So wird der Leser der Staatsbürger-Nummer «SUVA» die Probleme der sozialen Marktwirtschaft sicherer und ausgewogener diskutieren können.

Diese Form der persönlichen politischen Weiterbildung kann sonst niemand vermitteln, weil deren Akzente ganz anders gesetzt und in der Regel auf Tages- oder im besten Falle Wochenak-

Präsidenten der SSG

1924—32	Dr. Ernst Steinmann, Bern
1932—40	Rektor Dr. Martin Trepp, Thun
1940—53	Prof. Dr. Friedrich Frauchiger, Zürich
1953—63	Stadtpräsident Paul Kopp, Luzern
1963—68	Stadtpräsident und Nationalrat Dr. Hans Rudolf Meyer, Luzern
1968—78	Stadtrat Dr. Urs Flückiger, St. Gallen
1978—	Rektor Dr. Hermann Suter, Luzern

tualitäten gelegt sind. Parteien und Industrie profitieren ohne Zweifel von dieser Art der persönlichen politischen Weiterbildung. Die SSG ist also alles andere als eine Konkurrenz zu Parteistrangungen oder industrie-internen Weiterbildungsprogrammen. Es besteht nach unserer Auffassung eine absolute Interessendeckung im Interesse einer kompetenten Bürgerschaft.

So gesehen, sollte «Der Staatsbürger» an jeder Parteiveranstaltung aufliegen. Die Zeitschrift sollte in jedem Betriebsrestaurant vorhanden sein. Es könnte sogar sein, dass ein Unternehmen seiner ganzen Belegschaft ein Jahresabonnement dieser Zeitschrift schenkt.

Und entschlossen in die Zukunft ...

Noch in diesem Jahr wird die SSG neue Zeichen im Bereiche des staatsbürgerlichen Unterrichts setzen. So begleiten wir neu jede «Staatsbürger»-Nummer mit methodisch-didaktischen Hinweisen für den Lehrer. So führen wir im Rahmen der Schweizerischen Weiterbildungszentrale für Mittelschullehrer und in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Rolf Dubs ein entsprechendes Weiterbildungsseminar durch. Im kommenden Jahr werden wir den Hauptakzent auf das Thema «Deutsch und Welsch — wie weiter?» legen.

Unterdessen setzen wir die intensiven Bemühungen zur Einzelmitgliederwerbung fort. Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten unterstützen uns bei dieser Arbeit. Von unserem ehemaligen Sekretariatspartner, der Stiftung Dialog, haben wir uns vollständig getrennt. Heute versuchen wir, die ganze Arbeitslast im Milizsystem zu bewältigen: dies ist allerdings auf die Dauer unzumutbar. Deshalb suchen wir einen neuen und zuverlässigen Partner. Im Vordergrund stehen Gespräche mit dem — ähnliche Ziele verfolgenden — Schweizerischen Aufklärungsdienst (SAD). Wir sind optimistisch: das Problem Dialog ist für die SSG gelöst, der Fortsetzung unserer politischen Bildungsarbeit steht nichts im Wege, wir wollen unsere Arbeit fortsetzen, wir sind sicher, dass uns Parteien und Industrie wie bisher auch weiterhin helfen werden. Als Zentralpräsident der SSG mache ich kein Hehl daraus, dass ich zwar verbale Unterstützung sehr zu schätzen weiss. Dass ich aber vor allem an finanzielle Unterstützung denke: vom Jahresabonnement über eine Spende bis hin zum Kauf eines Inserates in unserer attraktiven Zeitschrift. Das Glück, das ich mir und der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft für die Zukunft wünsche, wünsche ich Ihnen ebenso herzlich. Ich dokumentiere Sie gerne! Rufen sie mich ungeniert an! (041/51 48 19)



Eine Lanze für die Unternehmer

Zigarre, Zylinderhut, gestreifte Hose und eine über alle Massen korpulente Figur — dieses von den Kritikern immer wieder stereotyp projizierte Unternehmerbild aus dem 19. Jahrhundert dürfte kaum mehr in die heutigen Verhältnisse passen. Vielmehr obliegt dem modernen Unternehmer oder stellvertretend für ihn der Konzern- oder Geschäftsleitung, nebst der Führung der Unternehmung nach ausschliesslich ökonomischen Grundsätzen, die Befriedigung einer Vielzahl von Erwartungen und Forderungen von verschiedenen Seiten. Ansprüche stellen unter anderem die Mitarbeiter, die Kapitalgeber, der Staat, aber auch Organisationen und Institutionen, die sich mit Umwelt, Konsumenten- und Landschaftsschutzfragen, mit Wissenschaft und Schule sowie mit kulturellen und caritativen Fragen und Aufgaben befassen.

Der komplexe Aufgabenbereich verlangt eine ausserordentliche Verantwortungsbereitschaft seitens des Unternehmers. Als aktives Element der Wirtschaft wird er als Person identifizierbar und damit angreifbar. Seine Entschiede sind nicht anonymer Natur, sondern geprägt von persönlicher Verantwortung, die nicht delegiert werden kann. Im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Handeln und Erfüllung der Ansprüche von Partnern und Dritten wird die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers von vielen Seiten beschnitten.

Zuviel Staat ist gefährlich

In den Vordergrund sind die staatlichen Interventionen zu stellen, sei es, dass der Staat als Bund, Kanton oder Gemeinde gegenüber dem Unternehmer auftritt. Durch planerische Massnahmen aller Art wird die Unternehmungsführung in ihrer Handlungsfreiheit immer massiver eingeschränkt. Das beginnt bei der Zuweisung des Standortes. Dazu kommen teilweise widersinnige Bauvorschriften und drakonische Umweltschutzaufgaben. Der Staat greift aber auch mit Import- oder Exportrestriktionen ein. Eine unverhältnismässig ausgedehnte Produkthaftpflicht bringt eine weitere zusätzliche Belastung für die Unternehmung.

Bald wird der unternehmerische Entscheid von der Befolgung so vieler Vorschriften abhängig sein, dass er den ihm zugeordneten Sinn und Auftrag zu verlieren droht.

Eine solche Entwicklung ist verheerend. Die Beschneidung des unternehmerischen Handlungsspielraumes kann fatale Konsequenzen durch willkürliche und sinnwidrige Eingriffe in den Markt niemals verhindern, sondern höchstens hinauszögern, worauf sie dann um so sicherer und endgültiger eintreten.

Trotzdem muss der Unternehmer versuchen, allen berechtigten Anforderungen soweit wie möglich gerecht zu werden und insgesamt immer noch wirtschaftlich zu handeln. Das Verständnis dafür hilft dem Unternehmer, seiner Aufgabe nachzukommen. Es setzt allerdings voraus, dass man sich sowohl zur Marktwirtschaft als auch zur Funktion des Unternehmers bekennt.

Verketzerung unangebracht

Das Bild in der öffentlichen Meinung sagt denn auch mehr über die herrschende Gesinnung als alle Lippenbekenntnisse zum marktwirtschaftlichen System.

Wenn dem Unternehmer meiste Popularität versagt ist, genießt er doch ein hohes Sozialprestige in der öffentlichen Meinung. Hier äussern sich verständlicherweise die «Systemveränderer» wider besseres Wissen mit kaum zu überbietender Klarheit. Es wird da und dort ein eigentliches Feindbild des Unternehmers geschaffen. Auch erstaunlich viele ernst zu nehmende Autoren neigen zur Skepsis gegenüber dem Unternehmertum, gelegentlich sogar zu offener Ablehnung. Mit diabolischer Logik wird dem Unternehmer wegen seiner keineswegs uneingeschränkten Macht über seine Mittel unbescheiden die alleinige und umfassende Verantwortung für alle Manifestationen des Unternehmens zugeschoben, insbesondere dann, wenn diese aus irgendeinem Grunde negativ empfunden werden.

So schlimm wie die Verketzerung des Unternehmers war allerdings bis vor kurzem auch das Schweigen über den Unternehmer in den monopolisierten Massenmedien. Angesichts der wahrhaft existentiellen Bedeutung der Wirtschaft für unser Land wundert man sich über den Verzicht von Radio und Fernsehen, über wirtschaftliche Zusammenhänge und die Förderung des wirtschaftlichen Verständnisses in einem angemessenen Rahmen zu berichten. Die Bemühungen der Tagesschau seit Anfang 1981 in diese Richtung sind deshalb nur zu begrüßen.

In einer wirtschaftlich schwierigen Zeit braucht die Wirtschaft ihre Unternehmer besonders. Damit sie ihre Aufgabe wahrnehmen können, muss ihnen der entsprechende Freiraum zur Verfügung gestellt werden, denn dieser gehört zum Unternehmer wie der Berg zum Wasserfall. In dieser Situation muss es Aufgabe der Politiker sein, diesen Spielraum zu wahren oder wiederherzustellen, wo dies noch möglich ist.

Dr. Robert Lang,
Verwaltungsratspräsident + GF+

Die im «Tribüne»-Beitrag geäußerte Meinung muss sich nicht mit jener der «Freisinn»-Redaktion decken.

BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

&

NEW YORK

Baer American Banking Corporation
330 Madison Avenue, New York, N.Y. 10017

Blanko-Abstimmungsdaten 1982

Der Bundesrat hat die Blanko-Abstimmungsdaten für eidgenössische Abstimmungen im Jahre 1982 wie folgt festgelegt:

- 7. März
- 6. Juni
- 26. September
- 28. November

Gewünschtes bitte ankreuzen — Adresse bitte in Blockschrift

- Ich abonniere die Zeitschrift «Der Staatsbürger» zu Fr. 25.— jährlich und zahle den Betrag auf das Postcheckkonto 60-74 ein.
- Bitte informieren Sie mich unverbindlich über die Schweizerische Staatsbürgerliche Gesellschaft

Name/Vorname: _____

PLZ/Ort: _____

Strasse _____

Coupon bitte einsenden an: Verlag Keller & Co. AG, Postfach, 6002 Luzern